

Joachim Baur

*Zwangsarbeit, KZ-System und Rüstungsproduktion  
Eine Skizze zu den Rahmenbedingungen des KZ Leonberg  
und ihrer Entwicklung*

»Das Konzentrationslager war das Fundament, auf dem das Dritte Reich aufgebaut worden war. Ohne Konzentrationslager ist das Dritte Reich nicht zu denken.«<sup>1</sup> So wurde die Bedeutung der KZ in einem der Nachkriegsprozesse auf den Begriff gebracht. Das Konzentrationslager Leonberg wiederum – errichtet im April 1944 am Ende einer wechselvollen Entwicklung der KZ im deutschen Faschismus – ist nicht zu denken ohne die Rüstungsproduktion der Firma Messerschmitt und die besondere politisch-militärische Lage im letzten Kriegsjahr. Der »totale Krieg«, verbunden mit einer gewaltigen Ausdehnung der Rüstung, die Profitinteressen der Industrie und die bedingungslose Ausbeutung von Zwangsarbeit in verschiedenen Formen, der damit einhergehende Funktions- und Strukturwandel des KZ-Systems und schließlich das 1944/45 an allen Fronten auf dem Rückzug befindliche, in hektische Improvisation und irrsinnigen Eifer verfallende, bald zerfallende NS-System, stellen den größeren Rahmen dar, in dem sich die einjährige Geschichte des KZ Leonberg abspielte.

DIE ENTWICKLUNG DER ZWANGSARBEIT  
IM NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND

Der nicht-zeitgenössische Begriff »Zwangsarbeit« beschreibt (als Oberbegriff) eine Vielzahl unterschiedlicher unfreier Arbeitsverhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland. Unterschiede finden sich im politischen Status und der sozialen Lage der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, in der Art und Weise ihrer Rekrutierung, in Dauer, Umstand und Rechtsgrundlage ihrer Beschäftigung. Grob skizziert lassen sich vier Kategorien von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern unterscheiden: Zum einen ausländische Zivilarbeiterinnen und

Zivilarbeiter, die in Deutschland landläufig als »Fremdarbeiter« bezeichnet wurden, zum anderen ausländische Kriegsgefangene. Drittens Jüdinnen und Juden aus fast allen europäischen Ländern, die nach ihrer Deportation in Ghettos und Lagern in den besetzten Gebieten, ab 1944 auch wieder im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten mußten, viertens schließlich KZ-Häftlinge.<sup>2</sup>

Die Einbeziehung der genannten Gruppen in das System der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus entwickelte sich in mehreren, im folgenden zu skizzierenden Schritten, wobei den Elementen Zwang und Gewalt eine immer größere Rolle zukam. Ideologische Vorbehalte bei der Beschäftigung »fremdrassischer« Arbeitskräfte verloren dagegen nach und nach an Schärfe, ohne je gänzlich zu verschwinden: die rassistische Hierarchisierung verschiedener Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern blieb auch im Arbeitsprozeß erhalten und spiegelte sich selbst noch in den KZ wider (zu den »Polen- und Ostarbeitererlassen« vgl. Eine Stadt im Bann der Rüstung, S. 254ff.).<sup>3</sup>

Auf dem Hintergrund eines akuten Arbeitskräftemangels im Deutschen Reich seit 1938, verschärft seit Kriegsbeginn mit der forcierten Aufrüstung und dem Abzug von Arbeitern aus den Fabriken als Soldaten an die Front, wurden bereits seit 1939 Ausländer als sogenannte »Fremdarbeiter« ins Reich gebracht.<sup>4</sup> Im Mittelpunkt des »Arbeitseinsatzes« stand zunächst die Bevölkerung der besetzten Gebiete. Mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren im März 1939 wurden Tschechen angeworben, bald dienstverpflichtet. Nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 konzentrierte sich das Interesse der NS-Wirtschaftsstrategen vor allem auf dieses Gebiet. Im November 1939 wies Hermann Göring als »Beauftragter für den Vierjahresplan« die Arbeitsverwaltung im besetzten Polen an, »die Hereinnahme ziviler polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnischer Mädchen, im größten Ausmaß zu betreiben. Ihr Einsatz und ihre Entlohnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen.«<sup>5</sup> Neben Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeitern wurden fast alle polnischen Kriegsgefangenen zur Arbeit ins Reich verschleppt.

Auch Franzosen, Belgier, Niederländer, Dänen und Angehörige anderer Nationen blieben nicht von Rekrutierungsmaßnahmen verschont, als die deutsche Expansion ab 1940 West- und Nordeuropa erfaßte. In beschönigender Sprache hieß es 1940/41: »Die Arbeiterabwerbung für das Reich erfolgt grundsätzlich auf freiwilliger Basis. Selbstverständlich werden die Methoden moderner Arbeitseinsatzverwaltung (Entziehung von Unterstützung bei Arbeitsverweigerung,

Erziehungslager für Arbeitsunwillige, Zwangsmaßnahmen gegen Kontraktbrüchige, Beseitigung der Kurzarbeit, Arbeitsplatztausch zu verbessertem Einsatz, Abkehrverbot bei Beschäftigung in deutschem Interesse, äußerste Beschränkung von Bau-, Wiederaufbau- und Notstandsarbeiten) in großem Umfang angewandt.«<sup>6</sup>

Mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 erreichte das System der Zwangsarbeit neue Dimensionen. In der Bevölkerung der eroberten Gebiete und der Masse sowjetischer Kriegsgefangener stand ein neues, riesiges Potential an Arbeitskräften zur Verfügung – ein Aspekt, der in der Konzeption des »Weltanschauungskrieges« zunächst allerdings keine Rolle spielte. Gemäß der NS-Ideologie sollten die als Träger kommunistischen Gedankenguts und als »rassisch äußerst minderwertig« eingestuften Sowjetbürger möglichst nicht mit »deutschen Volksgenossen« in Kontakt kommen. So hieß zum Beispiel für ca. drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene das Schicksal nicht Zwangsarbeit im Deutschen Reich, sondern Erschießung und planmäßiges Verhungernlassen in deutschen Internierungslagern.<sup>7</sup>

Als entscheidende Siege im Osten ausblieben, zeigte sich mit dem Scheitern der Blitzkriegskonzeption jedoch die Notwendigkeit einer Umstellung der Wirtschaftspolitik. Die Rüstungsindustrie mußte wesentlich ausgebaut und intensiviert werden, um auch einen langen Krieg führen zu können. Auf den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern hatte dies dramatische Auswirkungen: Die bereits im Reich befindlichen wurden verstärkt in den Rüstungssektor gepreßt, während sie zuvor vor allem in der Landwirtschaft und der Bauindustrie eingesetzt waren. Daneben wurden in fanatischem Eifer immer mehr Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, wobei nun ideologische Bedenken weitgehend kriegswirtschaftlicher Rationalität untergeordnet wurden. In Bezug auf die russischen Kriegsgefangenen dekretierte Hitler bereits im Oktober 1941, »es sei notwendig, diese noch dazu billigsten Arbeitskräfte produktiv anzusetzen, denn füttern müßten wir die Gefangenen doch und es wäre widersinnig, daß sie in den Lagern als unnütze Esser faulenzten.«<sup>8</sup> Der mit der Durchführung des »Russeneinsatzes« beauftragte Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Werner Mansfeld bedauerte im Februar 1942 in menschenverachtendem Kalkül die inkonsequente Umsetzung dieser Order: »Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig.«<sup>9</sup> Die »fehlen-

den« 2,8 Millionen Kriegsgefangenen waren durch Erschießungen oder katastrophale Haftbedingungen ermordet worden.

Mit der Ernennung von Fritz Sauckel zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« am 21. März 1942 radikalisierte sich die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften zur regelrechten Menschenjagd.<sup>10</sup> Sauckel dazu im Januar 1943: »Wo die Freiwilligkeit versagt (nach den Erfahrungen versagt sie überall), tritt die Dienstverpflichtung an ihre Stelle. Das ist nun das eiserne Gesetz des Jahres 1943 beim Arbeitseinsatz: Es darf in wenigen Wochen kein besetztes Gebiet mehr geben, in dem nicht die Dienstverpflichtung für Deutschland das Selbstverständlichste von der Welt ist. Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen.«<sup>11</sup>

Schließlich gerieten als letzte Reserve der Ausbeutung die »besetzten Gebiete im Innern« in den Sog des »Arbeitseinsatzes«: die KZ.

#### DER FUNKTIONS- UND STRUKTURWANDEL DER KZ (BIS 1942/43)

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 hatten die Konzentrationslager zunächst, meist als sogenannte »wilde KZ« von der SA errichtet, der Ausschaltung der politischen Gegner der faschistischen Diktatur, vornehmlich Kommunisten und Sozialdemokraten, gedient. Nach der Auflösung eines großen Teils dieser »wildern KZ« 1934 und der Unterstellung der verbleibenden unter die zentrale SS-Institution »Inspektion der Konzentrationslager« begann ab Herbst 1936 der planmäßige Aufbau gleichartiger, möglichst isolierter größerer Lager nach dem Vorbild des KZ Dachau (vgl. Strafen, Krankheit und Tod, S. 168). Unter dem Oberbefehl des »Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei« Heinrich Himmler entstand nun ein organisiertes System des Terrors in den Konzentrationslagern.

Neben den politischen Gegnern waren in der Folge auch andere Gruppen der Gewalt der SS ausgesetzt. Kriminelle und als Berufsverbrecher Deklarierte, Homosexuelle und »Asoziale« sollten durch die Einweisung in »Sicherungsverwahrung« als »Volksschädlinge« eliminiert werden. Angehörige der Zeugen Jehovas wurden wegen ihres Glaubensbekenntnisses Opfer des KZ-Systems, ebenso evangelische und katholische Geistliche, soweit sie zum politischen Widerstand bereit waren. Mit der Verabschiedung der rassistischen »Nürnberger Gesetze« im September 1935 wurde die rechtliche Grundlage für die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung gelegt, die 1938 in den massenhaften Pogromen der »Reichskristallnacht« und der vorübergehenden Einlieferung

von ca. 30.000 Jüdinnen und Juden in die KZ mündete.<sup>12</sup> In den seit Ende 1941 in einer neuen Welle speziell errichteten Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Belzec, Sobibór, Treblinka, Majdanek und Chelmo, die allesamt in den im äußersten Osten dem Reich angegliederten Gebieten bzw. im besetzten Polen (Generalgouvernement) lagen, erreichte der Terror der Lager seinen historisch einzigartigen Gipfel: die sorgfältig geplante und mit industriellen Methoden durchgeführte Ermordung von mehreren Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma.<sup>13</sup>

Neben der Ausschaltung politischer Gegner oder der Vernichtung als rassistisch minderwertig eingestufte Menschen, spielte, wie angedeutet, ein anderer Aspekt eine wachsende Rolle in der Logik der Lager: die Ausbeutung der Arbeitskraft der KZ-Häftlinge. Als erste versuchte die SS ökonomischen Nutzen aus den KZ zu ziehen. Ab 1938 verfolgte sie in zunehmendem Maß eigene wirtschaftliche Interessen durch Gründung von SS-Wirtschaftsunternehmen, in denen KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Doch lange konnte sie ihr Monopol auf das »Arbeitskräftereservoir KZ« nicht aufrecht erhalten, die private Wirtschaft drängte ebenfalls auf dessen Nutzung – eine Entwicklung, die für das spätere KZ Leonberg wesentlich werden sollte. Zunächst ging die Entwicklung dahin, Teile der Produktion in die Nähe bestehender KZ zu verlegen. Den Anfang machten 1941 die Firma Heinkel mit einer Fabrikanlage nahe des KZ Sachsenhausen und die IG Farben, ein Zusammenschluß von acht Chemieunternehmen, darunter Bayer, Hoechst und BASF, mit der Errichtung einer Produktionsstätte in der Nähe des im Ausbau befindlichen KZ Auschwitz. Mitte 1942 wurde in unmittelbarer Nähe des Werksgeländes der neue Lagerteil Auschwitz III-Monowitz ausschließlich für die bei der IG Farben eingesetzten Häftlinge geschaffen.<sup>14</sup>

»Die größte Bedeutung hat neben der Wehrkraft heute die Arbeitskraft. Wenn wir uns mit voller Verantwortung bewußt sind, was es bedeutet, daß Deutschland diesen Krieg führt, dann haben wir konsequent jede Möglichkeit zu ergreifen, um auch die letzte Arbeitsstunde irgendeines Menschen für den Sieg nutzbar zu machen.«<sup>15</sup> Mit diesen Worten leitete Heinrich Himmler die organisatorische Umstellung der KZ-Verwaltung auf den massenhaften Einsatz von Häftlingen in der Rüstungsindustrie ein. Entsprechend wurde im März 1942 die Inspektion der Konzentrationslager in das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (SS-WVHA) eingegliedert, von wo aus der Häftlingseinsatz in der Folge zentral gelenkt wurde. Die »Funktionserweiterung der Konzentrationslager vom Instrument der innenpolitischen Unterdrückung und rassi-

schen Verfolgung zum Zwangsarbeiterreservoir der deutschen Industrie«<sup>16</sup> fand so ihren institutionellen Ausdruck. Hintergrund dieser Maßnahme war auch das Eigeninteresse der SS, die trotz dieses Funktionswandels die Kontrolle, Verfügungsgewalt – und nicht zuletzt ökonomische Nutzbarkeit – der KZ-Häftlinge nicht an konkurrierende NS-Institutionen verlieren wollte.

Nicht nur die Funktion der Konzentrationslager änderte sich partiell, sondern auch die Struktur des Systems. Im Frühjahr 1942 baute die SS für Steyr-Daimler-Puch und VW erstmals eigene KZ. Im Verlauf des Jahres 1943 wurden weitere 130 Außenlager bei Industriebetrieben errichtet, wobei die Zahl der Hauptlager konstant blieb.<sup>17</sup> Das Konzept der Isolation weniger Lager unter der Herrschaft der SS wurde damit in doppelter Hinsicht aufgeweicht. Zum einen stieg mit der Anzahl und der Nähe zu den Fabriken, in denen in der Regel auch regulär Beschäftigte arbeiteten, ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit. Zum anderen wuchs die organisatorische Verflechtung: die SS mußte sich mit fremden Wirtschaftsunternehmen arrangieren und die Bewachung der Lager aus Personalangel vielfach zivilen Betriebsmitarbeitern, Polizei- oder Wehrmachtsangehörigen übertragen.<sup>18</sup>

Zudem wandelten sich die Grundsätze der Einweisung von Häftlingen in die KZ. Seit 1940 war versucht worden, ein System durchzusetzen, nach dem Häftlinge entsprechend der für sie vorgesehenen Haftbedingungen in verschiedene Lager verbracht werden sollten, »wenig belastete« Häftlinge in Lager der Kategorie I, »schwer belastete« in Lager der Kategorie III. Diese Methode wurde im Herbst 1942 aufgegeben. Seitdem regulierte allein der Arbeitskräftebedarf der Industriebetriebe die Einweisung oder Verlegung geeigneter Häftlinge. Sie kamen meist ohne »Umwege« über die Stammlager in das Teillager bzw. Außenkommando, das dem entsprechenden Betrieb am nächsten lag.<sup>19</sup>

#### KONSEQUENZEN FÜR DIE HÄFTLINGE: VERNICHTUNG DURCH ARBEIT

Für manche Gefangene mögen sich durch die Übernahme wichtiger Arbeiten in der Produktion die Lebensverhältnisse verbessert haben, einzelnen könnte dies das Leben gerettet haben. Die »Ökonomisierung« führte in den meisten Fällen jedoch nicht zu einer Verbesserung der Existenzbedingungen. Der latente Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie, also zwischen Inhaftierung, Terrorisierung und gegebenenfalls Vernichtung der Gefangenen aus politischen oder rassischen Moti-

ven einerseits und ihrer Heranziehung zur Arbeit in der kriegswichtigen Produktion andererseits, der sich mitunter manifestierte in Konflikten zwischen Gauleitern oder SS-Führern einerseits und Industriellen, Wirtschaftsfunktionären und dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition Albert Speer andererseits, wurde für die Masse der Häftlinge in furchtbarer Weise aufgehoben im Konzept »Vernichtung durch Arbeit«.<sup>20</sup>

Ursprünglich wurde der nationalsozialistische Begriff verwandt für die »unauffällige« Ermordung von Gefangenen in den KZ, im Unterschied zu offiziellen Exekutionen, getarnt als »Erschießung auf der Flucht« oder Tod durch Krankheit. Bald wurde die systematische Ermordung ganzer Häftlingsgruppen durch nicht zu überstehende Arbeitsbedingungen zum Inbegriff der »Vernichtung durch Arbeit«. So wurden im Konzentrationslager Mauthausen bei Linz »schwerbelastete, unverbesserliche und auch gleichzeitig kriminell vorbestrafte und asoziale, das heißt kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge«<sup>21</sup> in Steinbrüchen planmäßig zu Tode geschunden. Im Protokoll der Wannseekonferenz ist von »Vernichtung durch Arbeit« die Rede, ohne daß der Begriff genannt wird: »Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen [...] werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.«<sup>22</sup> Auf der Rampe von Auschwitz entschied sich vielfach nur das Mittel der Vernichtung – Gas oder Arbeit.

Mit der immensen Ausdehnung des Arbeitseinsatzes ab 1942 veränderte sich nun die Akzentuierung des Konzeptes, freilich ohne seinen mörderischen Charakter zu verlieren. Nun war die Arbeit nicht mehr nur Mittel, sondern auch Zweck. Die Vernichtung der Häftlinge mag nicht mehr das primäre Ziel gewesen sein, doch sie war weiterhin fest eingeplant. Der Leiter des SS-WVHA Oswald Pohl befahl am 30. April 1942: »Der Lagerkommandant allein ist verantwortlich für den Einsatz der Arbeitskräfte. Dieser Einsatz muß im wahren Sinn des Wortes *erschöpfend* sein, um ein Höchstmaß an Leistung zu erreichen.«<sup>23</sup> Das Vorhaben, »auch die letzte Arbeitsstunde irgendeines Menschen für den Sieg nutzbar zu machen«, wie es Himmler skizziert hatte, war durchaus in seinem tödlichen Wortsinn zu verstehen. Von den Unternehmen wurde dies zumindest wissentlich und billigend in Kauf genommen.

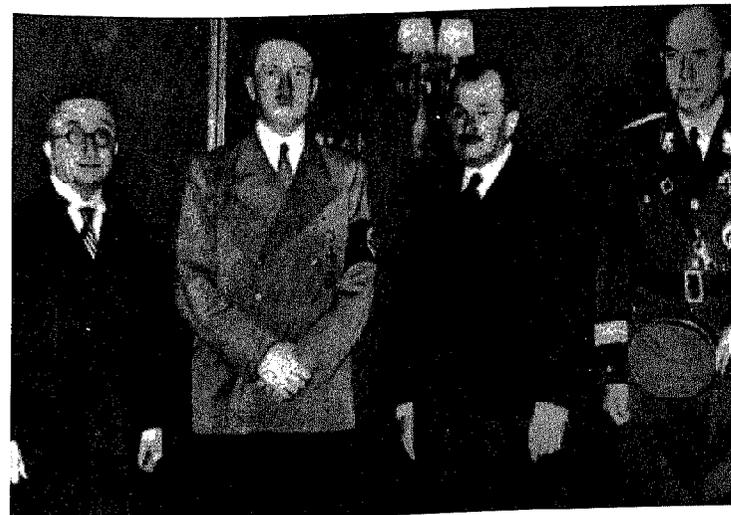
## DIE PERSPEKTIVE DER INDUSTRIE: MESSERSCHMITT

Die Wirtschaftsorganisation des »Dritten Reiches« war geprägt durch ein vielschichtiges Neben-, Mit- und Gegeneinander von Elementen staatlich gelenkter »Befehlswirtschaft« und einem immer weiter bestehenden privatkapitalistischen Sektor. In der Phase der »totalen Kriegswirtschaft« ab 1942, die in wirtschaftspolitischer Hinsicht maßgeblich von Rüstungsminister Albert Speer geprägt wurde, stand die bedingungslose Steigerung der Rüstungsproduktion an oberster Stelle, durchgreifende Zentralisierung und Rationalisierung der ökonomischen Strukturen waren die Folge. Dieser Entwicklung entsprach jedoch nicht notwendig ein Bedeutungsverlust privatwirtschaftlicher Initiative. Trotz zunehmender Reglementierung blieb zumindest der Einfluß der Großindustrie durch das System der industriellen Selbstverantwortung in Form von »Reichsvereinigungen«, »Ring« und Ausschüssen von Rüstungsindustriellen erhalten bzw. nahm auf Kosten mittelständischer Betriebe sogar zu.<sup>24</sup> Wenn gänzlich freie unternehmenspolitische Entscheidungen somit vor dem Hintergrund der »totalen Kriegswirtschaft« nicht mehr möglich waren, so konnten Unternehmen doch lenkend eingreifen. Die harten Auseinandersetzungen zwischen den Rüstungsbetrieben Heinkel und Messerschmitt und ihre engagierte, konkurrierende Lobbyarbeit im Vorfeld der Entscheidung über die Produktion neuer Jagdflugzeuge, in der sich Messerschmitt mit dem Strahljäger Me 262 schließlich durchsetzte, stehen hierfür beispielhaft. Darüber hinaus ließ sich in der Rüstungsindustrie ein etwaiger Verlust an privatwirtschaftlicher Steuerungsfähigkeit ohnehin verschmerzen. Im Zeichen des Rüstungsbooms bestand weitgehende Interessenkonkordanz mit der staatlichen Politik.

Privatbetriebe, die auf diesem Hintergrund ihre Produktion aufrecht erhalten bzw. steigern wollten, waren angesichts des Arbeitskräftemangels in der letzten Kriegsphase weitestgehend auf den Einsatz von Zwangsarbeitern angewiesen. Im Fall von KZ-Häftlingen mußten die Betriebe beim SS-WVHA einen Antrag auf Gestellung von Häftlingen stellen, nach der Genehmigung durch das Amt erfolgte die Zuteilung. Die Firmen bezahlten einen festgelegten Tagessatz von in der Regel vier Reichsmark pro Hilfsarbeiter und sechs Reichsmark pro Facharbeiter an die SS, die die Summen komplett an das Deutsche Reich abführte. Ende 1944 betrugen diese Einnahmen bis zu 50 Millionen Reichsmark monatlich.<sup>25</sup> Wie groß die realisierten Profite der Unternehmen im einzelnen waren, läßt sich kaum mehr ermitteln, was vor allem an der Schwierigkeit liegt, firmeneigene Akten einsehen zu können. Die Per-

spektive der Industrie entzieht sich dadurch, wie im Fall von Messerschmitt in Leonberg, weitestgehend der Rekonstruktion. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Betriebe die aktive Rolle in der Anforderung und Beschäftigung von KZ-Häftlingen spielten, zumindest die Erwartung von Profiten war die Triebfeder.<sup>26</sup>

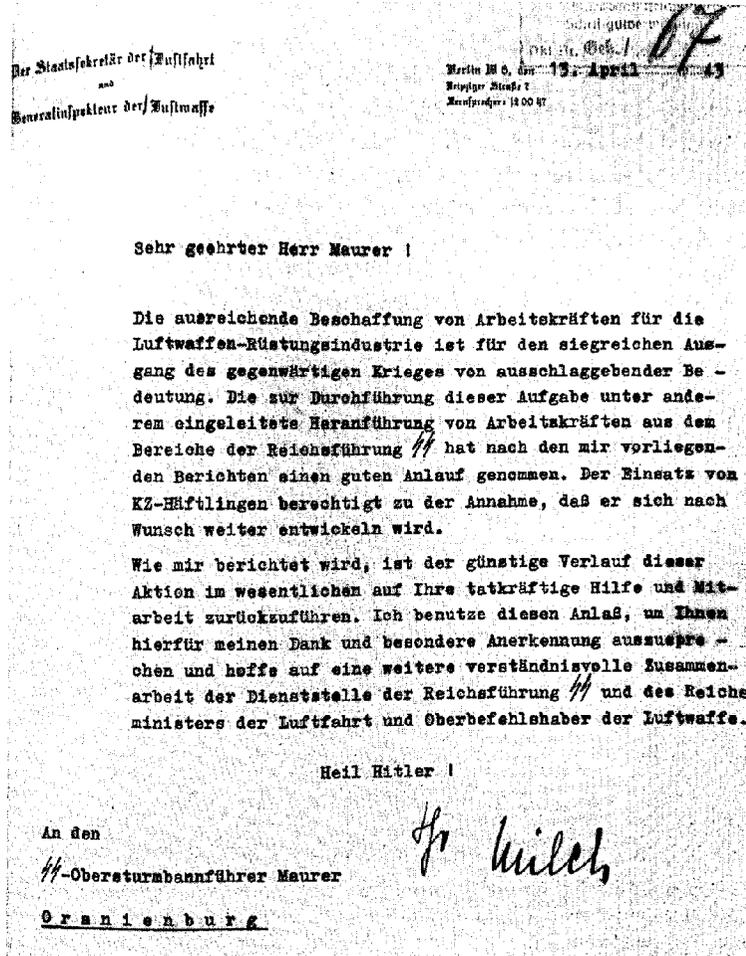
Der Messerschmitt-Konzern zeigte Ende 1942 erstmals Interesse an KZ-Häftlingen. Seit Anfang 1943 beschäftigte die Messerschmitt GmbH Regensburg, 1939 ausgezeichnet als NS-Musterbetrieb, Gefangene des KZ Flossenbürg, bald auch des KZ Mauthausen. Die Augsburger Muttergesellschaft Messerschmitt Flugzeugwerke AG ließ in unzähligen Außenlagern Häftlinge der KZ Dachau und Natzweiler für sich produzieren. 1944 bestand die Gesamtbelegschaft der Firma Messerschmitt zu 35 % aus KZ-Häftlingen.<sup>27</sup> In der Ausbeutung der KZ-Häftlinge wurde die Verschränkung der deutschen Industrie mit dem faschistischen Terrorsystem augenscheinlich: »Die Praktiker der Gewalt wurden mehr und mehr Unternehmer und die Unternehmer Praktiker der Gewalt.«<sup>28</sup>



Gruppenbild mit dem Führer: Ernst Heinkel, Adolf Hitler, Ferdinand Porsche, Willy Messerschmitt. Messerschmitt, der 1938 zum Wehrwirtschaftsführer ernannt worden war, stand in engem Kontakt zu den höchsten Kreisen des NS-Regimes.

DAS LETZTE KRIEGSJAHR:  
DIE EXPLOSION DER RÜSTUNGSPRODUKTION

Die militärische Lage des Deutschen Reiches war Anfang 1944 desolat. Nach dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad im Januar 1943 und



Schreiben von Generalfeldmarschall Erhard Milch an Gerhard Maurer, der im SS-WVHA die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge koordinierte, 13. April 1943. Der Generalinspekteur der Luftwaffe bedankt sich für die »verständnisvolle Zusammenarbeit« und geht davon aus, daß sich der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Luftrüstung »nach Wunsch weiter entwickeln wird«.

der Landung der Alliierten auf Sizilien im Juli war das Regime an allen Fronten auf dem Rückzug. In vielen Ländern wuchs der Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Der Bombenkrieg weitete sich aus, die »Big Week«, eine Welle von britischen und amerikanischen Luftangriffen in der Woche vom 20.-25. Februar 1944, zeigte die totale Luftüberlegenheit der Alliierten.

Das NS-Regime reagierte in hektischer Aktivität mit der totalen wirtschaftlichen Mobilmachung. Hitlers Erlaß über die Konzentration der Kriegswirtschaft hatte schon am 2. September 1943 dem neugebildeten Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion unter Albert Speer alle Zuständigkeiten über Rohstoffe und Produktion in Industrie und Handwerk übertragen.<sup>29</sup> Zur Forcierung des bedeutendsten Sektors der Kriegsproduktion, der Luftrüstung, wurde nun am 1. März 1944 der »Jägerstab« beim Rüstungsministerium eingerichtet, eine Art »Ministerium«, das in täglichen Konferenzen und in direktem Kontakt mit den Firmen die Produktionslage überprüfte und stetig zu steigern versuchte.<sup>30</sup> Die Fertigung von Jagdflugzeugen wurde gestrafft und auf wenige Typen konzentriert. Besondere Bedeutung wurde dabei dem Strahljäger Me 262 zugemessen, der als eine der »Wunderwaffen« zur kriegsentscheidenden Wende beitragen sollte.

Im »Erlaß über die Bildung des Jägerstabes« vom 4. März 1944 hieß es: »Die Sicherstellung der Jägerfertigung ist von vordringlichster Bedeutung. Sie ist von drei Voraussetzungen abhängig: 1. der Beseitigung der Flieger Schäden in den bestehenden Werken; 2. der Verlagerung, Zentralisierung und Erweiterung der vorhandenen Fertigungen; 3. der Schaffung bombensicherer Fertigungsstätten [...] Der Reichsführer SS stellt Schutzhäftlinge in ausreichendem Maße als Hilfskräfte für Bau und Fertigung.«<sup>31</sup> Nicht zuletzt aufgrund dieser nüchternen Anweisung erfuhr das System der Konzentrationslager im letzten Kriegsjahr nochmals eine erhebliche Ausdehnung – und erreichte nun auch Leonberg.

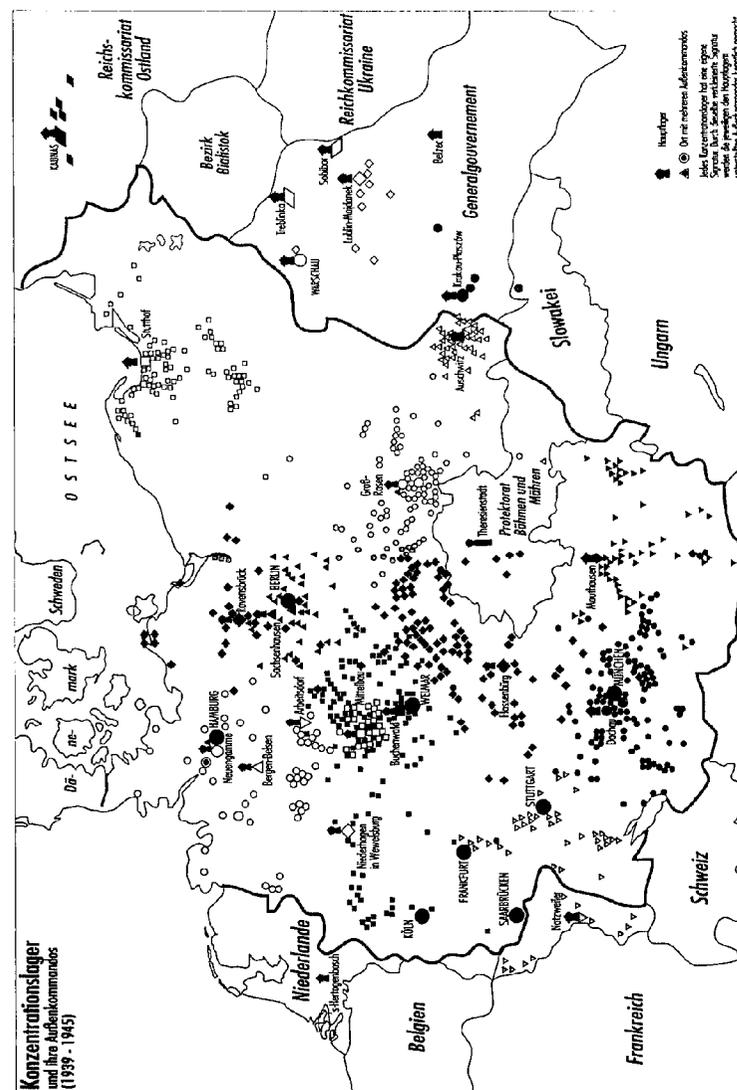
DAS NETZWERK DES TERRORS:  
DIE EXPANSION DES KZ-AUSSENLAGERSYSTEMS

Die Verlagerung der Rüstungsproduktion an bombensichere Orte nahm ungeheure Ausmaße an. Im gesamten Deutschen Reich wurden Höhlen, Bergwerke, Festungsanlagen oder, wie eben in Leonberg, stillgelegte Verkehrstunnel zu Produktionsstätten ausgebaut. Im südlichen Harz mußten bis zu 12.000 Häftlinge des Konzentrationslagerkomplexes

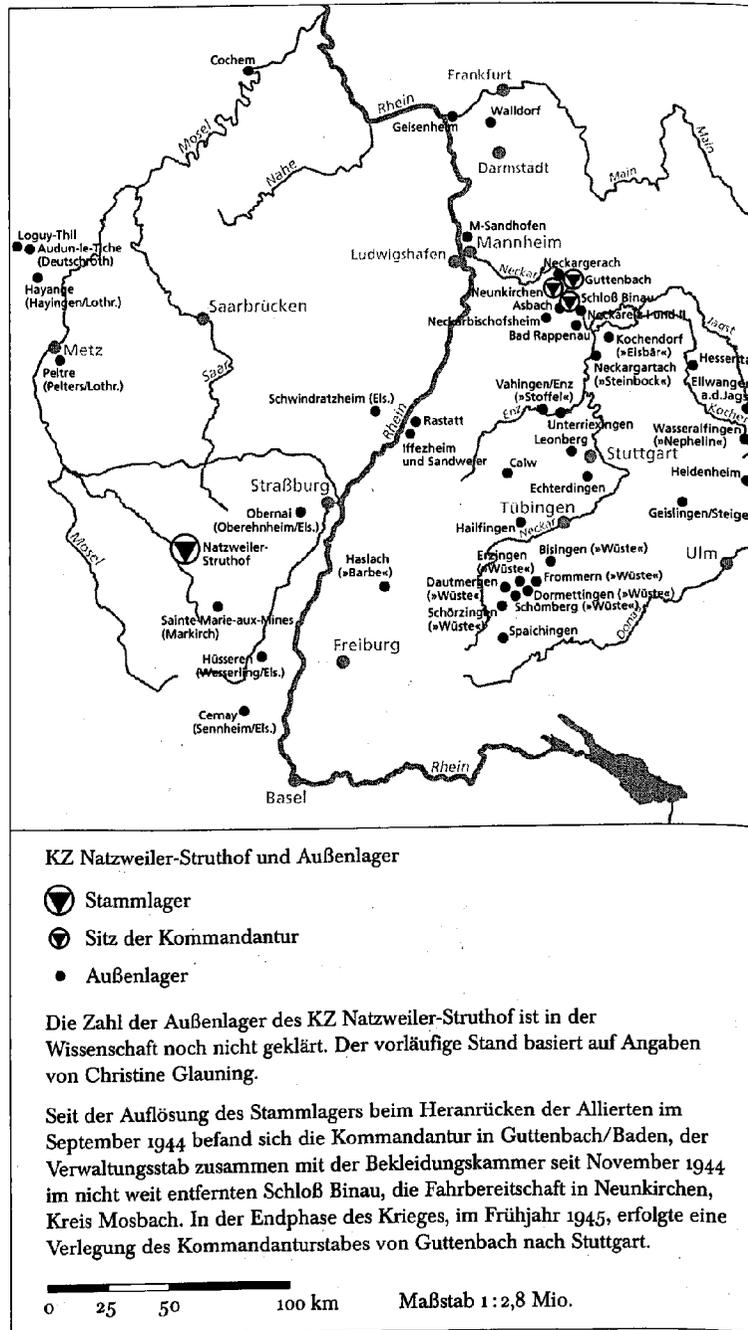
Dora-Mittelbau riesige Stollenanlagen errichten. Tausende Häftlinge des KZ Mauthausen bei Linz schufteten in Ebensee im Salzkammergut, in St. Georgen a. d. Gusen und bei Melk bei extrem hoher Sterblichkeit an ähnlichen Projekten. Halbunterirdische Bunker für die Produktion der Firma Messerschmitt sollten in Landsberg am Lech und in Mühlendorf am Inn entstehen. Vielfach waren die Vorhaben von so gigantischen Ausmaßen, daß sie trotz mörderischer Arbeitshetze bis Kriegsende nicht fertiggestellt werden konnten. Im Angesicht der sich abzeichnenden Niederlage nahmen sie so groteske und irrationale Züge an, daß von »Industrieverlagerungswahn« gesprochen werden muß.<sup>32</sup>

Neben der Verlagerung an bombensichere Orte sollte die Dezentralisierung der Produktion Schutz für die Luftrüstung erbringen. Generalfeldmarschall Erhard Milch forderte in einer Sitzung des Jägerstabs am 12. März 1944: »Eines wäre als generelle Richtlinie festzulegen, die zwar nicht immer ausgeführt werden kann, aber möglichst angestrebt werden soll. Wir wollen auf den Flugplätzen bei den Werken als Endzustand nur noch die Fertig- oder Endmontage und den Einflugbetrieb. Unter Endmontage verstehen wir fix und fertig ausgerüstete Rümpfe, Flächen und Leitwerke.«<sup>33</sup> Entsprechend den Planungen verteilten sich die Produktionsstätten weiträumig im Reich. KZ-Häftlinge wurden überall eingesetzt, sowohl beim Bau der neuen Fabriken, wo sie unter dem Kommando der paramilitärischen Organisation Todt (OT) standen, als auch in der Produktion.

So nahm in kürzester Zeit die Anzahl der KZ-Außenlager rapide zu. Hatte es Ende des Jahres 1943 186 Außenlager im Deutschen Reich gegeben, so waren es im Juni 1944 mindestens 341 und bis Januar 1945 stieg die Zahl nochmals auf mindestens 662.<sup>34</sup> Verschiedentlich ist von Dimensionen von über 1200 Lagern die Rede.<sup>35</sup> Es entstand ein »Netzwerk des Terrors« (Wolfgang Sofsky), das kaum eine Region Deutschlands aussparte. Analog zum Anwachsen der Anzahl der Lager stieg auch die Zahl der KZ-Gefangenen: Anfang 1944 waren es etwa 300.000, im August etwa 524.000 und am 15. Januar 1945 wurden 714.211 Männer und Frauen als Häftlinge registriert, 60–80% von ihnen in der Kriegswirtschaft.<sup>36</sup> Der Arbeitskräftebedarf war so groß, daß nun auch die letzte rassenideologische Barriere fiel. Der Beschluß vom September 1942, das Reich »judenfrei« zu machen und alle Jüdinnen und Juden zur Vernichtung in die Lager im besetzten Polen zu deportieren, wurde revidiert. Ab Mai 1944 wurden Jüdinnen und Juden teilweise wieder zur Arbeit in KZs im Reich überstellt, so auch in großer Zahl nach Leonberg.<sup>37</sup>



Die Entstehung des KZ Leonberg fügte sich ganz in die skizzierte Entwicklung ein. Es entstand im April 1944 als Außenkommando des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof im Elsaß. Entscheidend für die Wahl des Standortes war der als Produktionsstätte nutzbare Autobahntunnel am Engelberg. Produziert wurde darin der Strahljäger



Me 262, jedoch nicht im Ganzen, sondern nur seine Tragflächen. Inhaftiert waren russische Kriegsgefangene und zivile »Ostarbeiter«, italienische Partisanen und politische Häftlinge anderer Nationen, französische NN-Häftlinge und polnische Juden, Sinti und Roma, weitere Gruppen – insgesamt wohl die ganze Breite der (männlichen!) Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Ihre Arbeitskraft wurde ausgebeutet für die Firma Messerschmitt und den deutschen »Endsieg«. Im System der KZs war Leonberg ein Element, im Leben der Gefangenen unendliche Qual, für viele von ihnen der Tod.

## *Anmerkungen*

Joachim Baur

*Zwangsarbeit, KZ-System und Rüstungsproduktion  
Eine Skizze zu den Rahmenbedingungen des KZ Leonberg  
und ihrer Entwicklung*

- 1 C. Wessig (Verteidiger des angeklagten Kommandanten Pauly), Verteidigungsrede vom 17.4.46, in: Freundeskreis e.V. (Hg.), Curiohaus-Prozeß. Verhandelt vor dem britischen Militärgericht in der Zeit vom 18. März bis zum 3. Mai 1946 gegen die Hauptverantwortlichen des KZ Neuengamme, Band 3, Hamburg 1969, S. 435, zit. n. Kaienburg, Hermann, »Vernichtung durch Arbeit«. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1990, S. 15.
- 2 Vgl. Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 3. Aufl., Bonn 1999, S. 416ff.; einschlägig daneben Spoerer, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001. Nach Karl-Heinz Roth sind Zwangsarbeitsverhältnisse im Kapitalismus »grundsätzlich durch eine doppelte Enteignung der unmittelbaren Produzenten konstituiert..., nämlich durch ihre Expropriation [Enteignung, Anm. d. Verf.] von den Produktions- bzw. Subsistenzmitteln und durch die gleichzeitig stattfindende und unterschiedlich weitgehenden Eliminierung des Warencharakters ihrer freien Arbeitskraft, indem der direkte und ungehinderte Zugang zum bzw. Rückzug vom Arbeitsmarkt blockiert wird« (Roth, Karl-Heinz, Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930–1945. Historische Grundlinien und Methodenfragen, in: VVN/BdA-Kreisvereinigung Esslingen (Hg.), »Räder müssen rollen für den Sieg«. Zwangsarbeit im »Dritten Reich«, Stuttgart 2000, S. 28).
- 3 Vgl. Sofsky, Wolfgang, Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt/Main 1999, S. 137ff.
- 4 Vgl. Naasner, Walter, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaff-

- nung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard/Rhein 1994, S. 25ff. Arbeitsmigranten, insbesondere aus Italien, gab es demgegenüber bereits früher.
- 5 Erlaß Görings über »Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung« vom 16.11.1939, zit. n. Herbert, Ulrich, Der »Ausländereinsatz«. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939–1945. Ein Überblick, in: Aly, Götz u. a. (Hg.), Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3. Herrenmenschen und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin 1986, S. 19, zit. n. Kucera, Wolfgang, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der Augsburger Rüstungsindustrie, Augsburg 1986, S. 12.
- 6 Bericht des Militärbefehlshabers Belgien/Nordfrankreich (MV-Chef) über »Belgiens Leistung für die deutsche Kriegswirtschaft und Kriegführung (Stand Januar 1942)«, BAArch, Fall XI (Wilhelmstraßenprozeß), Nr. 373, Bl. 32, zit. n. Eichholtz, Dietrich, Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit, in: ders. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, Berlin 1999, S. 136.
- 7 Vgl. Schreiber, Gerhard, Deutsche Politik und Kriegführung 1939 bis 1945, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, 2. Aufl., Bonn 1993, S. 350ff.; Graml, Hermann, Rassismus und Lebensraum. Völkermord im Zweiten Weltkrieg, in: ebd., S. 450f.
- 8 Bericht Bormanns an Lammers vom 15. 10. 1941 über die Sitzung am vorhergegangenen Abend, BAArch R 43 II/670a, Bl. 41, zit. n. Herbert, wie Anm. 2, S. 163.
- 9 Herbert, wie Anm. 5, S. 27, zit. n. Kucera, wie Anm. 5, S. 14.
- 10 Vgl. Kaienburg, wie Anm. 1, S. 305f.
- 11 Rede »Totaler Arbeitseinsatz für den Sieg«, gehalten bei der ersten Tagung der Arbeitseinsatzstäbe am 6. 1. 1943 in Weimar, Dokument Sauckel-82, International Military Tribunal, Bd. 41, S. 225f, zit. n. Naasner, wie Anm. 4, S. 117.
- 12 Vgl. Orth, Karin, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999; verschiedene Beiträge in: Herbert, Ulrich/Orth, Karin/Dieckmann, Christoph, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Band I: Konzeption und Praxis der nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933 bis 1938, Göttingen 1998.
- 13 Vgl. exemplarisch Pohl, Dieter, Die Ermordung der Juden im Generalgouvernement, in: Herbert, Ulrich (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/Main 1998, S. 98–121; Zimmermann, Michael, Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«, in: ebd., S. 235–262; speziell zu Auschwitz vgl. Piper, Franciszek, Die Rolle des Lagers Auschwitz bei der Verwirklichung der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik. Die doppelte Funktion von Auschwitz als Konzentrationslager und als Zentrum der Judenvernichtung,

- in: Herbert/Orth/Dieckmann, wie Anm. 12, S. 390–414; als Standardwerk noch immer: Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., 2. Aufl., Frankfurt/Main 1990.
- 14 Vgl. Kaienburg, wie Anm. 1, S. 283; Setkiewicz, Piotr, Häftlingsarbeit im KZ Auschwitz III-Monowitz. Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Arbeit, in: Herbert/Orth/Dieckmann, wie Anm. 12, S. 591ff.
- 15 Befehl Nr. 10 des Chefs des SS-WVHA vom 13. 3. 1942, BAArch, NS 3/1080, Bl. 118, zit. n. Tüchel, Johannes, Die Inspektion der Konzentrationslager 1938–1945. Das System des Terrors, Berlin 1994, S. 22.
- 16 Ebd.
- 17 Vgl. Kaienburg, wie Anm. 1, S. 283f. u. 288f.
- 18 Vgl. Kaienburg, Hermann, KZ-Haft und Wirtschaftsinteresse: Das Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS als Leitungszentrale der Konzentrationslager und der SS-Wirtschaft, in: ders. (Hg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996, S. 29. Die Todesrate wurde durch diesen Wechsel in der Bewachung nicht gesenkt (vgl. Wagner, Jens-Christian, Noch einmal: Arbeit und Vernichtung. Häftlingseinsatz im KL Mittelbau-Dora 1943–1945, in: Frei, Norbert/Steinbacher, Sibylle/Wagner, Bernd C., Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 40).
- 19 Vgl. Kaienburg, wie Anm. 18, S. 52.
- 20 Vgl. mit weiterer Literatur zur ausgedehnten Debatte um den Primat von Politik oder Ökonomie: Wagner, wie Anm. 18; zum Begriff »Vernichtung durch Arbeit« vgl. Kaienburg, wie Anm. 1, S. 13f.
- 21 Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, bei der Einstufung von Mauthausen als Lager der Kategorie III, zit. n. Distel, Barbara, Mauthausen (KZ), in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann, Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 2. Aufl., München 1998, S. 579.
- 22 Dok. NG-2586, Abschrift in: Eschwege, H. (Hg.), Kennzeichen »J«. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945, Frankfurt/Main 1979, S. 231.
- 23 Befehl Oswald Pohls an alle Lagerkommandanten und Werkleiter vom 30. 4. 1942, BAArch, NS 3/1078a, zit. n. Tüchel, wie Anm. 15, S. 92f. (Unterstreichungen im Original).
- 24 Vgl. Bühler, Werner, Wirtschaft, in: Benz/Graml/Weiß, wie Anm. 21, S. 119ff.; Müller, Rolf-Dieter, Grundzüge der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, in: Bracher/Funke/Jacobsen, wie Anm. 7, S. 367ff.
- 25 Vgl. Tüchel, wie Anm. 15, S. 142f.; Varianten zu den Tagessätzen vgl. ebd. und Kucera, wie Anm. 5, S. 78ff.
- 26 Vgl. Spoerer, Mark, Profitierten Unternehmen von KZ-Arbeit? Eine kritische Analyse der Literatur, Stuttgart 1998; zum Versuch der Rekonstruktion von Unternehmensperspektiven vgl. Grieger, Manfred, Unternehmen und KZ-Arbeit. Das Beispiel der Volkswagen GmbH, in: Kaienburg, wie Anm. 18, S. 77–93 und weitere Aufsätze in diesem Sammelband.
- 27 Vgl. Orth, wie Anm. 12, S. 238; Schmoll, Peter, Die Messerschmitt-Werke im 2. Weltkrieg, Regensburg 1998; Kucera, wie Anm. 5.

- 28 Neumann, Franz L., Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt/Main 1988 (zuerst 1944), S. 660, zit. n. Ernst, Detlef/Riexinger, Klaus, Vernichtung durch Arbeit. Die Geschichte des KZ Kochendorf/Außenkommando des KZ Natzweiler-Struthof, Bad Friedrichshall 1996, S. 11.
- 29 Vgl. Ludwig, Karl-Heinz, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, in: Benz/Graml/Weiß, wie Anm. 21, S. 685.
- 30 Vgl. Milward, Alan S., Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966, S. 125ff.
- 31 Erlaß über die Bildung des Jägerstabes, in: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.), Der Fall Lübke. Legende und Wahrheit, Berlin 1966, Dokument 7a, zit. n. Jurleit, Manfred, Strahljäger Me 262. Die Technikgeschichte, Berlin 1992, S. 74. Der spätere Bundespräsident Heinrich Lübke war Angestellter im Büro von Dipl.-Ing. Schlempp, der im Jägerstab für Bauangelegenheiten verantwortlich war. Im Zuge dessen war Lübke maßgeblich am Bau von Konzentrationslagern beteiligt.
- 32 Wagner, wie Anm. 18, S. 11.
- 33 BArch, Militärarchiv Freiburg, RL 3 I/1, zit. n. Jurleit, wie Anm. 31, S. 75.
- 34 Vgl. Schwarz, Gudrun, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main/New York 1990. Dieser Angabe folgen Orth, wie Anm. 12, S. 237 und Sofsky, wie Anm. 3, S. 55.
- 35 Vgl. etwa Benz, Wolfgang, Die Allgegenwart des Konzentrationslagers. Außenlager im nationalsozialistischen KZ-System, in: ders./Distel, Barbara (Hg.), KZ-Außenlager – Geschichte und Erinnerung (Dachauer Hefte, 15), Dachau 1999, S. 6. Orth (wie Anm. 12, S. 237) erklärt diese hohe Zahl mit der Addition aller KZ, die je bestanden hätten. Fälschlicherweise bliebe dabei jedoch unberücksichtigt, daß manche Lager erst entstanden, als andere bereits aufgelöst waren.
- 36 Vgl. Kaienburg, wie Anm. 1, S. 290 u. 310; Tuchel, wie Anm. 15, S. 210.
- 37 Kaienburg, wie Anm. 1, S. 310. Neben dem Motiv der verstärkten Ausnutzung ihrer Arbeitskraft spielte für die Entscheidung, Jüdinnen und Juden zurück ins Reich zu transportieren, auch der Faktor der im Osten anrückenden Front eine Rolle. Zu den jüdischen Häftlingen von Leonberg vgl. Aus aller Mütter Länder, S. 65, 70f.